

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM (halbm. 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-21 / Geschäftsstelle und Expedition: Arbeiterstimme, Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprechnummer 17259 / Postfachkonto Dresden Nr. 13533, Emil Schlegel-Str. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

Einzelnenpreis: Die neunmal gefaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,20 RM, für Familienanzeigen 0,25 RM, für die Reklameweile anschließend an den dreifach gefalteten Textteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Montag, den 7. Februar 1927

Nummer 31

Die Gefahren eines Krieges gegen die Sowjetunion

Von Frida Rubiner.

1. Verschärfung der Situation.

Die Niederbringung der Sowjetunion mit Waffengewalt, der Interkontinentalkrieg ist in den ganzen 9 Jahren des Bestehens der Sowjetrepubliken niemals aus den Plänen der Imperialisten gekommen. Während der imperialistischen Regierungen unter dem Diktat der ökonomischen Bedürfnisse und dem Druck der inneren Verhältnisse in ihren Ländern „normale“ Beziehungen zu der Sowjetunion anknüpfen nach dem Zusammenbruch der Wodade, selbst zur Zeit der Genoa-Konferenz (April 1922), und in den Jahren, als die Hoffnung auf die innere Umgestaltung und „Entartung“ der bolschewistischen Macht am stärksten war — hörten die Imperialisten nicht auf, weiterzuwirken und die Kriegsvorbereitung gegen die UdSSR zu beschleunigen. In der letzten Zeit hat die relative Stabilisierung des Weltkapitalismus annehmbar, um so mehr tritt die akute Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion in Erscheinung.

Das Berliner Tageblatt schreibt bereits im Juli vorigen Jahres: „Moskau hat Grund, damit zu rechnen, daß sich die internationale Lage Sowjetlands in den kommenden Zeiten verschlechtern wird. Die englische Angriffspolitik im Hinblick auf Sowjetland ist politisch, wirtschaftlich gesteuert, und ein unübersehbarer Hintergrund ist erkennbar. Der wirtschaftliche Angriff ist jetzt im Gange. Er wird von der Finanz- und Einkaufs- der Front von England und von Churchill, der der Finanzminister ist, mit der Macht eines Ministeriums geführt... Die englische Finanzpolitik, Sowjetland befindet sich in zunehmender Schwermüdigkeit wirtschaftlicher Art... Eine nicht weniger wohlwollende, für alle ungünstigen Symptome übermäßig genaue Beobachtung hat besonders mit diesem Frühjahr das öffentliche England davon überzeugt, daß sich ein Sowjet-Angriff vorbereiten, der alle Gebiete der Sowjetwirtschaft treffen müsse. Wenn man seine Wirkung durch einen wirtschaftlichen Kordon so verschärft, so daß eine völlige Stilllegung und Versorgungsunterbrechung eintritt? Für die Kriegsvorbereitung wird die Engländer (die englische Geschäftswelt) tatsächlich schon jetzt ihren Bundesgenossen auf dem Festlande. Die deutsche Wirtschaft ist von diesen Bemühungen keineswegs ausgeschlossen... Nicht für das englische Ziel, wenn sich der „Zusammenbruch“ nicht aus Gründen „wirtschaftlicher Logik“ vollziehen will, nur der Krieg als endliches Mittel, Krieg als Drohung, als Druck über den wirklich Krieg.“ (B. T. vom 8. 7. 1926.)

Nachdem der von den Imperialisten ersehnte wirtschaftliche Zusammenbruch der Sowjetunion nicht eingetreten ist, schlägt London offene Kriegstöne an. Churchills Rede in Rom am 21. Januar läßt nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig. Der Kampf zum Kampf gegen die „tierischen Geheiß“ (!) und die Bedrohungen des Bolschewismus schließt mit dem Programm des Vierländerpakt gegen die Sowjetunion. Die englische Politik, sagt Churchill, ist sehr einfach: „Unsere Politik besteht darin, daß die Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens und Deutschlands zusammenarbeiten sollen zur Wiederaufrichtung Europas und zur Heilung der vom Krieg geschlagenen Wunden.“

Während allein die sozialdemokratische Presse nach wie vor von der Kriegstöne Moskaus, dem „roten Imperialismus“, den „Kriegsvorbereitungen“ der Sowjetunion usw. fesselt, weisen die bürgerlichen Blätter aller Schattierungen auf die steigende Kriegsvorbereitung für die Sowjetunion hin. Im Börsenkurier schreibt die Besatzung:

„Daß die amerikanische Diplomatie in Mexiko wie die britische in China den Bolschewismus als den eigentlichen Feind zu betrachten vorgehen, beweist nur, wie sehr man in Washington sich darin einig ist, in einer Erschütterung Sowjetlands, wenn nicht seiner Vernichtung das letzte Ziel zu sehen.“ (BR 21. 1. 1927.)

Die englische Regierungspropaganda verlangt Ausweitung der Sowjetbürger als Renegate für Hankau und hebt unverschämte Kriegstöne. Im „Observer“, der bisher von einer Besserung der Beziehungen zu der SU sprach, veröffentlicht Garwin einen Artikel „Moskau und markierter Krieg“, der von den Gefahren spricht, die England von Seiten der UdSSR drohen. Die Neue Züricher Zeitung, ein Blatt von guter außenpolitischer Information, schreibt von der kommenden offenen Auseinandersetzung:

„Deutschland ist als Sicherheitsgürtel für Rußland nicht mehr zu gebrauchen. Der litauische Umsturz aber zerstört die Hoffnung, die in Moskau auf das bolschewistische Tschitscherino gesetzt worden ist — eine, vielleicht die letzte Hoffnung — die es ermöglichen sollte, der direkten Auseinandersetzung mit England zu entgehen. Diese Auseinandersetzung wird notwendig durch die asiatischen Verwicklungen aufhalten, aber sie wird deswegen doch heran.“ (NZZ 14. 1. 1927.)

Die Bemühungen Englands gehen gleichzeitig dahin, sowohl in Asien, wie in den Westgrenzen der Sowjetunion eine Front zu errichten. Der Hauptbestandteil ist natürlich China, wo der Kampf der Imperialisten sich ebenso gegen die nationale Befreiungsbewegung, wie die Sowjetmacht richtet. Es fehlt nicht an den Versuchen Englands, Verbündete für den ostasiatischen Kampf zu gewinnen, aber diese Versuche scheiterten bisher an den Interessenkonflikten der Imperialisten selber. Die englische Diplomatie verstärkt ihre Anstrengungen im Fernen Osten

Deutsche Waffen für die chinesische Konterrevolution

Wo bleibt die Gewerkschaftsaktion! Weshalb schlägt die SPD-Presse keinen Lärm?

Wie unser Vordrucker, die Hamburger Volkszeitung, meldet, gehen ununterbrochen deutsche Waffen, und Munitionstransporte nach China, und zwar an die chinesische Konterrevolution. Am 27. 28. Januar wurde am Schuppen 26 der Dampfer C. K. Kilmers mit 1200 Riflen Gewehren und Patronen nach Schanghai verladen. Die Ware war deklariert als Sportwaffen. Sie war bestimmt für den Agenten des englischen Imperialismus, Sun Tschiuanfang. Daß ein lebhafter Waffentransport stattfindet, geht auch daraus hervor, daß ein anderer Dampfer der Kilmers-Linie, Ciba, nach einer Neudemelung am 18. Januar in Tjingtau von den chinesischen Behörden angehalten wurde, weil er Waffen und Munition für die Konterrevolution enthielt.

Die wachsende Kriegsgefahr macht ein ernstes und entscheidendes Eingreifen der Arbeitermassen immer mehr zu einem Gebot der Stunde. Im Jahre 1922 hat ein Gewerkschafts Kongress wohl wieder einmal Maßnahmen gegen den Krieg beschlossen, jedoch bis jetzt unternommen die Gewerkschaften nichts.

Die SPD-Presse lobte wochenlang über Sowjettransporte, zu den Granatendüngungen nach China finden wir kaum eine Bemerkung. Die Leipziger Volkszeitung richtet am 4. d. M. eine leise Mahnung an den ADGB-Vorstand, indem sie schreibt:

„Wir hoffen, daß die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterschaft nunmehr auch baldige bei uns daran gehen, mit praktischen Maßnahmen gegen den Weltimperialismus aufzutreten zu helfen, damit die Forderung der internationalen Gewerkschaftsversammlung vom Jahre 1922, die als wirksamste Mittel gegen den Ausbruch eines Krieges die Organisation des Generalstreiks verlangt, nicht auf dem Papier stehen bleibt.“

Die Gewerkschaften behaupten aber, die Kriegsgefahr sei gar nicht so akut.

Aufgabe des Proletariats ist es, mit aller Kraft die Abwehr der Kriegsgefahr zu beginnen und die Gewerkschaftsaktion durchzuführen.

Gegen die englischen Intrigen

Ein Aufruf der KP Chinas

Schanghai, den 4. Februar 1927.

Die KP Chinas veröffentlicht einen Aufruf anlässlich der Ereignisse in Hankau, in dem die Engländer beschuldigt werden, den blutigen Konflikt mit den chinesischen Massen als Vorwand prozessiert zu haben, um von der Nationalregierung Repressalien gegen die Massen fordern zu können.

Der Aufruf weist darauf hin, daß die Nationalregierung den Konflikt vereitelt, die Verwaltung der englischen Konzession übernommen und die Zurückziehung der englischen Streitkräfte gefordert hat. Die englische Regierung hat sich zwar bereit erklärt, ihr Territorium der Nationalregierung zu übergeben, betrachtet dies jedoch als zeitweiliges Zugeständnis. Die Engländer führen Verhandlungen mit der Nationalregierung, ohne auch nur einen Augenblick ihren Interventionsplan aufzugeben. Zugleich reizen sie Tschangkaio zum Aufruhr gegen den Süden auf, wobei sie ihm materielle und politische Unterstützung versprechen.

Die englische bürgerliche Presse und die halbsozialistischen Reichstagsfraktionen bereiten die öffentliche Meinung durch Falschmeldungen über die Ereignisse in Hankau vor, durch Mit-

um so mehr, da sie in den anderen Teilen Asiens wenig Erfolg hat. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der türkischen Republik und der UdSSR bestehen fest, mit Afghanistan hat die Sowjetregierung 1926 einen Neutralitätsvertrag geschlossen, in Persien gewinnen die englandfeindlichen Strömungen die Oberhand. Das eigentliche Gebiet, wo England ein Bündnis mit den anderen Imperialisten, den Hauptschlag gegen die Sowjetunion zu führen hofft, ist und bleibt China. Könnte man von dem Fall Schanghais noch mit einer längeren Entwicklung rechnen, so beschleunigt dieser historische Sieg der nationalen Revolution das Herannahen einer gewaltigen Auseinandersetzung.

2. Die Westfront.

Den wichtigsten Erfolg, den England an der Westfront gegen die UdSSR zu verzeichnen hat, ist der tschische Umsturz in Litauen.

Der antilowjetistische Sinn des litauischen Staatsstreiches geht schon daraus hervor, daß bereits im ersten Aufruf des neuen Präsidenten Smetona am 18. 12. erklärt wird, das Heer hätte sich gemungen gegeben, einzuschreiten, daß die bisherige Regierung, die den russisch-litauischen Vertrag abschloß, Litauen an Rußland verraten wollte. Laut dem französischen Blatt Deore war England über den litauisch-russischen Garantievertrag so aufgebracht, daß es Litauen sämtliche Kreditsperrte. Das Organ der litauischen Faschisten, Lietuva, brachte schon am 14. November 1926 einen Artikel, der empfahl, im Sinne Englands das Rußland anstatt nach dem Osten nach dem Westen herumzuwerfen. Das offizielle englische Organ Times erteilte Litauen den Rat, sich mit Polen zu verständigen. Dolly Telegraf gab sogar zu verstehen, falls Litauen eine Verständigung mit Polen nicht herbeiführen würde, diese von außen diktiert werden würde. Daß der litauische Putz ein Staatsstreich der Großbauern und der Bourgeoisie unter dem Diktat Englands

ist, daß das Leben der englischen und anderer ausländischer Bewohner in China angeblich bedroht sei, daß der Ausbruch der Massen in Hankau lediglich von einer geringen Zahl von Extremisten unterstützt und die chinesische Bevölkerung angeblich gegen die weiße, wie während des Boyer-Aufstandes, aufgewiegelt worden wäre.

Die von den Engländern organisierte Verschwörung ist durchsichtig. Um die Intervention vorzubereiten, wollen sie eine einheitliche Front in dem eigenen Lande schaffen und womöglich sämtliche Imperialisten gegen die chinesische Revolution vereinigen. Die gegenwärtigen Verhandlungen der Engländer in China verfolgen lediglich den Zweck, für die Zusammenziehung der Streitkräfte Zeit zu gewinnen.

Der Aufruf fordert die chinesischen Arbeiter und Bauern auf, die Forderungen der Nationalregierung über die Aushebung der außerordentlichen Privilegien der Ausländer, die Zurückgabe der Konzessionen und über die Zurückziehung der Streitkräfte der Imperialisten aus China zu unterstützen. Der Aufruf schließt mit dem Hinweis, daß der Sieg der chinesischen Revolution nur dann gesichert ist, wenn die Massen auf sich selbst bauen und die Nationalregierung unterstützen werden, die angedeutet des englischen Ansturms standhaft bleiben muß.

Die englischen Verhandlungen mit der Peking-Regierung

London, 6. Februar. (Telunion.) Wie aus Peking berichtet wird, verläuft doch, daß durch das Scheitern der Verhandlungen in Hankau die beabsichtigten Besprechungen mit der Peking-Regierung über die Vertragskonkessionen keineswegs berührt werden. Allerdings hat Wellington-Koo noch nicht auf die englischen Verhandlungen geantwortet.

Japan macht mobil

London, 5. Februar. (Telunion.) Die japanische Admiralität hat beschlossen, 5 Kreuzer und 300 Mann nach China zu entsenden. Die Truppen sollen in Sasebo bereitgehalten werden, um im Notfall innerhalb ganz kurzer Zeit nach Schanghai abfahren zu können.

Kein Abbruch der russisch-englischen Beziehungen

London, 6. Februar. (Telunion.) Der diplomatische Korrespondent des Observer bestätigt heute, daß es nicht die Absicht der englischen Regierung ist, die diplomatischen Beziehungen mit Sowjetland abzubrechen.

Die englische Regierung konnte es gegenüber dem Druck der Massen noch nicht wagen, die Beziehungen zu Rußland abzubrechen; die englischen Imperialisten werden jedoch alles versuchen, um eine weitere Zuspitzung der Lage herbeizuführen. Durch das vorübergehende Nachgeben darf sich die Arbeiterkraft nicht täuschen lassen. Der Druck auf die Imperialisten muß verstärkt werden.

Nieder mit den Kriegstreibern!

London, 4. Februar. Das IR der KP Englands veröffentlicht einen Aufruf, in dem es zum direkten Vorgehen auffordert, um die reformistischen Führer zu veranlassen, ihr Bündnis mit Baldwin zu lösen. Der Aufruf enthält zugleich die Forderung des Rücktrittes der imperialistischen Regierung, die den Krieg vorbereitet.

und mit Verständigung mit dem feudalen Polen war, zeigt auch die (außerhalb der litauischen Grenze) erscheinende litauische Presse in Wilna. Diese spricht offen davon, daß die neue Kownoer Regierung unter englischem Einfluß stehe.

Genau so wie der tschische Umsturz in Litauen, wurde auch der litauische Umsturz im Mai vorigen Jahres mit Hilfe Englands vollzogen. Das Problem, das jetzt von der englischen Diplomatie gelöst werden will, besteht darin, den Hof der litauischen wertvollen Massen gegen die polnischen Unterdrücker, einen Hof, der durch gewalttätige Annexionen geschürt wird, zu überwinden und Polen sowie Litauen in eine Einheitsfront gegen die Sowjetunion zu bringen. Dazu braucht der englische Botschafter den Präsidenten Waldemaras, dazu Unterstützung der litauischen Nationalsozialisten, die bereit sind, ihre patriotischen Gefühle gegenüber Warschau zurückzustellen, wenn die passende Kompensation geboten wird, dazu der Plan einer polnisch-litauischen „Verständigung“ durch Rückgabe Wilnas an Litauen und Eingliederung Litauens an Polen (Großpolen). Das neugeschaffene Großpolen soll Deutschland den Danziger Korridor zurückgeben und dafür einen litauischen Korridor mit Memel erhalten. Dieser Plan, der mit den Territorien und Kräftegruppierungen unspringt, ohne Rücksichtnahme auf die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung, bedeutet in Wirklichkeit: nationale Vernichtung Litauens, Erweiterung der Grenzen Polens, Verdrängung Polens mit Deutschland und einen paneuropäischen Block gegen die Sowjetunion. Charakteristisch ist, daß der erzipperialistische Plan von den Anhängern der pazifistischen paneuropäischen Bewegung beschworen wird.

Ueber die englisch-polnische Politik in den Randstaaten hat im Sommer vorigen Jahres der frühere estnische Außenminister Birt wertvolle Enthüllungen gebracht.

„Die Enthüllungen Birts“, schrieb die Bolschewische Zeitung vom 5. August 1926, „beweisen weitgehende Pläne einer Ein-

Freiung der Sowjetunion. Die aggressiven Pläne gegen Litauen, ebenso wie die Tätigkeit der polnischen Diplomatie und des Generalstabs hinter den Kulissen haben nicht die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens Polens und der Sowjetunion und bedrohen außerdem den Frieden im gesamten Osten Europas.

Der Chef der Ostabteilung des polnischen Auswärtigen Jankowski bereite die Randstaaten, während ein Geheimagent unter dem Decknamen „Wanda“ die Verbindung mit London unterhalte. Die „Tägliche Rundschau“ schrieb:

„Es ist logisch, daß Polen sich aber auch auf andere Weise (außer der Bildung eines engeren Verhältnisses mit England) stärken und dadurch zu einem wertvollen Faktor der Politik des Ostens zu machen sucht. Das ist die Tendenz zur Bildung eines baltischen Staatenbundes unter einem Protektorat.“ (Z. N. 25, S. 26.)

Diesem Plan steht nicht allein die gewalttätige Annexion Litauens im Wege, die jetzt vom faschistischen Litauen geschickt werden soll, sondern auch die Wirtschaftskrise in Lettland, Estland und Finnland, die Arbeitslosigkeit, der Kapitalmangel und die bekämpften Kämpfe der Randstaaten untereinander. Dazu kommt, daß die baltischen Staaten, wie Ostsee auf der Konferenz „Anadiam“ in Moskau mit Recht hervorgehoben hat, wohl wissen, daß einzig und allein die Stützen der Sowjetvertrufte Gewähr leisten für die Unabhängigkeit der baltischen Staaten, da jede bürgerliche Regierung Litauens die Staaten annektieren würde. Estland, Lettland und Finnland pendeln beständig in ihrer außenpolitischen Orientierung hin und her zwischen der Sowjetunion und den verschiedenen Gruppen des westeuropäischen Kapitals, vor allem Englands.

Die letzte Konferenz der drei Außenminister von Lettland, Estland und Finnland, die Anfang Januar in Reval getagt hat, besaß sich in erster Linie mit dem Verhältnis der Randstaaten zu der UdSSR, ließ aber keine Ergebnisse verlautbaren.

Die Bemühungen der Imperialisten, eine Westfront gegen die Sowjetunion aufzurichten, beschränkt sich nicht auf England, die Randstaaten und Polen. Der im Januar abgeschlossene französisch-rumänische Vertrag zeigt deutlich seine Spitze gegen die Sowjetunion. Die französische Anerkennung verpflichtet sich danach, vorbehaltlos Rumänien im Falle eines Krieges Hilfe zu leisten und bezeugt die Gemeinsamkeit der Interessen von Rumänien und Frankreich ohne Einschränkung hinsichtlich Syrien, Arabiens, das von Rumänien gewaltsam annektiert wurde. Mit diesem Vertrag unterstülzt Frankreich die aggressiven, gewalttätigen Tendenzen Rumäniens, bestreift Rumänien in seinen Ansprüchen auf Syrien und verläßt sie gegen die Sowjetunion gerichteten Kriegsdrohungen.

Nicht belanglos für die Bildung der Antisowjetfront ist schließlich auch die italienisch-magyarische Annäherung, die die englische Diplomatie auszunutzen sucht, nicht allein um den französischen Einfluß auf dem Balkan zu schwächen, sondern um ein neues Kettenglied zu schmieden in der Front gegen die UdSSR.

Nach alledem ist es nur noch wünschenswert, die Gerüchte über die Vorbereitung einer Mobilisierung in Polen, Ungarn und Rumänien für das Frühjahr in diesen Staaten ernst zu nehmen.

Das wahre Gesicht der Bürgerblutregierung

Der Kapp-Putschist v. Reudell Innenminister — Tausende Revolutionäre in den Zuchthäusern.

Kapp, Berlin, den 5. Februar 1927.

Am dritten Tage der Bürgerblutdebatte im Reichstag schien es erst, als sollte der Rest der Regierungsdebatte schnell und ohne besondere Zwischenfälle abgewickelt und mit der Annahme eines Vertrauensvotums durch die kompakte Bürgerblutmehrheit beendet werden. Niemand erwartete, daß die noch nachstehenden Reden der zweiten bürgerlichen Rednergarnitur noch etwas Wichtiges bringen werden. Dr. Siegenwald vom Zentrum mußte seine „Theorie“ eines neuen „Marxismus“ — nicht von Karl Marx, sondern von Wilhelm Marx abgeleitet — vor einem halbwegs leeren Saal und fast völlig leeren Zuhörer- und Pressetribünen herunterleiern. Das Bild der Sitzung veränderte sich aber völlig, als der Genosse Stoedter die Rednertribüne bestieg. Die Pressevertreter erschienen vollständig zu ihren Plätzen. Die Zuhörertribünen füllten sich und in den Sitzungssälen kam Leben, als Genosse Stoedter, oft von härmlichen Jurafen und Heiterkeitsverfolgen unterbrochen, mit klarer Satire Schlag auf Schlag auf die Bürgerblutpartei und die SPD niederhauerte, die die der Bürgerblutpartei die Wege geebnet hat. Genosse Stoedter entwarf die wahre Fratze der Bürgerblutregierung, die die Zentrumseiseln mit großer Mühe „volksgemeinschaftlich“ zu dirigieren versucht hatten. Die terroristische Fratze des Bürgerbluts hat ihren Stempel aufgedrückt erhalten durch die Verdon des Halenreiterministers Dr. v. Reudell. Tapfer hatte sich dieser Olympheld aus dem Saal gedrückt, als Genosse Stoedter unter größter Spannung und härmlichen Hört-Hört-Rufen enthielt, wie der Kappisten-

minister Reudell den freischützlichen Bürgerkrieg gegen den „inneren Feind“ auf seinem Gute in Pommeren organisiert. Der Halenreiterminister war gezwungen, nach einer kurzen Rede Landsbergs, in der einige neue, von einem Vertrauensmann des Landarbeitersverbandes verbürgte Einzelheiten über das Verhalten des Landrates Reudell in den Kappjahren mitgeteilt wurden, zu antworten. Er behauptete mit dreifacher Stimme, der Vertrauensmann des Landarbeitersverbandes sei ein Lügner. Der Bürgerblutminister Dr. Marx besaß sich rasch, seinem Ministerkollegen zu Hilfe zu eilen, um eine im Zentrum bedeutend werdende Stimmung zu beschwichtigen, erklärte er, er werde selbstverständlich mit größter Beschleunigung eine Untersuchung durchführen. Das Disziplinarverfahren gegen den damaligen Landrat von Reudell werde nachträglich noch durchgeführt und das Ergebnis dem Reichstag mitgeteilt werden. Inzwischen aber soll der Kapp-Putschist Minister des Innern bleiben.

Dr. Marx konnte die Bewegung im Hause nicht bändigen, zumal da Landsberg durch Vereileung zweier Dokumente unter härmlichen Jurafen der Kommunisten und Sozialdemokraten gegen die Rechtsparteien den Landrat aus der Kappzeit und den jetzigen Minister der Unwahrhaftigkeit überführte.

Herrn Marx und Herrn v. Reudell wurde es schmal. Der Bürgerblutminister schnappte nach Luft wie ein aus Land gebrachter Karpien. Im Zentrum drohte ein Riß, der schließlich geleimt werden mußte, weshalb Ulkka (3) eine Unterbrechung der Sitzung um eine Stunde beantragte, damit sich das Haus unterdessen beruhige.

Während dieser Pause wurde natürlich der seriöseste dünne Schüler wieder zu Hilfe gerufen, der die Zentrumredner durch feilschende Phrasen mühevoll über die schändliche Terrorfrage der Bürgerblutregierung zu breiten verhielt hat. In der zweiten Sitzung konnte dann auch die Bürgerblutmehrheit das von ihr beantragte Vertrauensvotum für die Regierung Marx-Reudell gegen 237 gegen 171 Stimmen bei 18 Stimmenthaltungen herbeiführen.

Hindenburg hält Reudell

Anführung der Untersuchung nur ein Wanders!

Berlin, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Berliner Montagspresse beschäftigt sich durchweg mit dem Fall Reudell. Eine linksbürgerliche Korrespondenz erklärt, der Antrag des Zentrumsgesandten Ulkka und die Erklärung Marx', er wolle den Fall Reudell untersuchen, seien ein bloßes Manöver, um Zeitgewinn zu erzielen. Eine maßgebende Stelle, also wahrscheinlich Hindenburg, habe Marx bedeutet, das Schicksal des gegenwärtigen Kabinetts sei von dem Verbleiben Reudells abhängig. Marx hat diesen Wink verstanden. Ebenso haben die Deutschnationalen erklärt, daß, wenn Reudell gehen müßte, sie aus der Koalition austreten würden. Das Montagblatt „Ulkeas“ teilt mit, daß man gegen Reudell kein öffentliches Disziplinarverfahren eröffnen könne, da er Reichsminister sei und nur Preußen ein solches Verfahren führen könne. Die Welt am Montag läßt sich aus parlamentarischen Kreisen schreiben, daß führende Zentrumskräfte den Rücktritt Reudells verlangen. Reudell selbst läßt sich gar nicht einschüchtern. Er hat bereits mit den laufenden Arbeiten seines Ressorts begonnen und sich sofort mit der von Kapp erlassenen Ordensfrage beschäftigt.

Einheitsfrontdemonstration gegen den Bürgerblut in Hamburg

Hamburg, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Trotz der Sabotage der Gewerkschafts- und SPD-Instanzen, sowie der Leitung des Reichsbanners hatten sich zur geistigen Demonstration gegen den Bürgerblut und die Kriegsjahre 10.000 Arbeiter auf der Moorweide eingefunden. Im Zuge und auf der Demonstration waren viele Reichsbannerleute zu sehen. Für die SPD sprach der Reichstagsabgeordnete Kosenbaum. Ein sozialdemokratischer Arbeiter erklärte als Redner, daß die (die sozialdemokratischen Arbeiter) auf dem Boden der Demonstration stehen und jeden Kampf gegen diese schändliche Regierung unterstützen und mitmachen würden. Die Regie-

Steigende Kriegsgefahr
WACHENDE AUSBEUTUNG!
Wie kämpfen die Arbeiter dagegen? Lest die Broschüre: **KRIEGSGEFAHR UND RATIONALISIERUNG**
VON FRITZ HECKERT M.A.R.
PREIS 20 PFG.
VERLAG REICHAUSSCHUSS DER WERKTÄTIGEN BERLIN SW. 60, COCHSTR. 71.

zung sei kein Falschingschmerz. Das würden die Arbeiter verspüren, wenn Hindenburg mit dem Artikel 48 regieren würde. Die Arbeiter gehörten auf die Straße. Die sozialdemokratischen Arbeiter würden auch gegen ihre Führer kämpfen.

Der Polizeipräsident Berlins schützt die Faschisten

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Berlins löst proletarische Gegendemonstration gegen Stahlhelm aufmarsch auseinander!

Berlin, 7. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Zum Abschluß der „Grünen Woche“ hatte der Stahlhelm sämtliche Berliner Abteilungen zu einer Demonstration zusammengezogen. Gleichzeitig wollte er für sein Reichstreffen im Mai Propaganda machen. Die Arbeiter und der KAP veranstalteten eine Gegendemonstration, die selbstverständlich von der Polizei angegriffen wurde. 19 Demonstranten wurden festgenommen, von denen 11 in Haft gehalten wurden, weil die politische Polizei behauptet, daß sie „schwere Straftaten“ begangen hätten.

Die rheinischen Arbeiterfrauen mobilisieren!

Düsseldorf, 7. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Sonntag fand in Barmer für den niederrheinischen Industriebezirk die 2. Delegiertenkonferenz statt, die von 100 weiblichen Delegierten neben zahlreichen Gästen besucht war. Sie nahm zur wirtschaftlichen und politischen Lage, besonders zu der Bedeutung der kapitalistischen Nationalisierung für die proletarischen Frauen Stellung. In einer Reihe einmütig angenommener Entschlüsse haben die Delegierten die konkreteren Kampfziele für die nächste Zukunft festgelegt. Die wichtigsten sind Kampf für den Achtstundentag, für Erhöhung der Löhne, Verhinderung der Mietpreissteigerung, staatliche Beihilfe für Mutter und Kind, Kampf gegen den Bürgerblut.

Faschistisches Waffenlager bei einem Brande aufgedeckt

Berlin, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Durch einen Dachstuhlbrand am Sonnabend in einem Vorort Berlins ist ein großes faschistisches Waffenlager aufgedeckt worden, das von einem Amtgerichtsrat und seinem Sohn angelegt worden war. Die Feuerwehr mußte erst die gesamte Munition explodieren lassen, ehe sie an die Löschung des Brandes gehen konnte. Die Polizei sperrte die Brandstelle nicht ab, so daß der Amtgerichtsrat Gelegenheit hatte, nach der Löschung des Brandes auf dem Hausboden herumzukriechen, um Spuren zu verwischen.

Die Aufwerner gegen Kapp

Wie bekanntgemacht war, sollte der Reichsinnenminister Kapp als Innenminister nach Sachsen kommen. Zeit erlöste man, daß die Aufwernerpartei entschieden gegen die Ernennung von Kapp Stellung nehmen werde, da dieser das Sperrgesetz gegen den Volksentscheid über die Aufwertung erlassen habe. Diese Stellung haben die Aufwerner dem Reichspräsidenten wissen lassen, der darauf erklärt hat, eine Entscheidung über die Belegung des Innenministeriums sei noch nicht erfolgt. Die Aufwerner kündigen gegen Kapp die Anwendung aller parlamentarischen Mittel an.

Rettet die revolutionären Arbeiter Litauens!

Wlofska, 4. Februar. Genosse Angarettis, Mitglied des ZK der KAP Litauens, erklärte, daß das neue Urteilstell gegen die drei litauischen Genossen unerwartet gekommen ist. Die drei litauischen Genossen sind inhaftiert, zusammen mit anderen Kommunisten, nicht verhaftet worden. Das Urteil ist aller Wahrscheinlichkeit nach auf eine Pronotatien seitens der litauischen Regierung zurückzuführen.

Neue Massenverhaftungen in Litauen!

Paris, 7. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Journal meldet, daß in Kowno und Remele 31 Kommunisten oder des Kommunismus verdächtige Personen verhaftet wurden.

Aufstand in Portugal

In Lissabon ist ein neuer Aufstand des Militärs ausgebrochen, dem sich andere Teile in Portugal angeschlossen haben. Die Lage ist noch absolut unklar, es finden schwere Kämpfe zwischen den Aufständischen und den Regierungstruppen statt. Die Bewegung wird als die größte bisher dageschene bezeichnet.

Selbstmordepidemie in Wien

Im Laufe des Sonntags ereigneten sich in Wien 10 Selbstmordtote, von denen 4 tödlich verletzten.

50.000 Dollar geraubt

In Tulsa im Staate Oklahoma überfielen sechs Banditen die Staatsbank. Sie erschossen den Bankpräsidenten und Kassierer und raubten 50.000 Dollar.

Der Polizeidirektor und Lenins Mutter

Es war im Jahre 1899. Lenin befand sich damals in der Verbannung (Sibirien). Die Mutter Lenins war nach Petersburg gekommen und hatte ein Gesuch beim Polizeidepartement eingereicht mit der Bitte, ihrem Sohne zu gestatten, aus dem Gefängnisgebiet in Sibirien ins Ausland in die „Verbannung“ zu gehen.

Empfangsstation beim Departementdirektor. Die „hohe Exzellenz“ gerührt, Mittsteller zu empfangen. Kaum hatte er die Mutter Lenins bemerkt, da brüllte auch schon die Polizeikommission in den Saal hinaus:

„Ja, ja — Holz können Sie sein auf Ihre Bengels; den einen müßte man hängen, nach dem anderen „Hugi“ bereits auch der Gelgenstrid!“

Stolz richtet sich die Mutter Lenins auf und schleudert dem ordentlichsten Polizeihunde die Worte, die aus der Tiefe eines gekränkter Mutterherzens kommen, entgegen:

„Ja, ich bin wirklich Holz auf meine Kinder!“

Wie Lenin das Rauchen sein ließ...

Die Gesundheit Lenins ließ in seinem jugendlichen Alter viel zu wünschen übrig und seine Mutter rief ihn aus gesundheitlichen Rücksichten vom Rauchen ab. Sie hatte Lenin eine ganze Vorlesung über die Schädlichkeit des Rauchens gehalten, es wollte aber nicht „leben“.

Da kam ihr der glückliche Gedanke, ihren Sohn darauf hinzuweisen, daß bei den verschiedenen Mitteln, die der Familie zur Verfügung standen (einzig die Pension der Mutter), kein Familienmitglied sich die geringste unnütze Ausgabe erlauben sollte.

Dieser Hinweis wirkte auf Wolodja wie eine verplante Bombe. Lenin ließ das Rauchen — für immer!

Der Student Lenin — ohne Furcht und Tadel!

Am 1. Dezember 1887 wurde der damals 17-jährige Lenin zum ersten Male in Kasan verurteilt.

Der Polizeioffizier, in dessen Hände Lenin abgeliefert wurde, schien für das grüne Studentenleid zu empfinden. Er sagte es in väterlichem Tone:

„Ja, warum machen Sie denn, junger Mann, diesen Krampf mit? Sehen Sie es denn nicht, daß Sie gegen eine seltsame Mauer vorgehen?“

„Diese Mauer — sie ist schon morsch — ein einziger kräftiger Stoß und sie fällt um“, war die Antwort Lenins.

Der Polizeioffizier blieb stumm. Die „Furcht“ des grünen Studenten raubte ihm die Sprache.

Blaue Gesetze

Im Jahre 1854 wurde in den Vereinigten Staaten ein Gesetz verabschiedet, das gegen Laster und Unmoralität gerichtet war. Dieses Gesetz verbot am Sonntage jegliche „Schändlichkeit“. Dem amerikanischen Speker wurde verboten, an „Tage des Herrn“ zu Lande oder zu Wasser zu reisen, irgendeine Arbeit zu verrichten, sich mit Fischfang oder Jagd zu beschäftigen, Trinktöten zu betreten, ins Theater zu gehen, Tanzvergnügen, Gelang, Musik, Sportspiele usw. waren ebenfalls strengstens verboten. Jeglicher Verstoß gegen dieses Gesetz hatte eine Strafe von 2 Dollars zur Folge; bei wiederholter Gesetzesverletzung mußte der „Verbrecher“ auf 10 Tage ins „Loch“ wandern.

Dieses Gesetz war nur ein Bruchstück aus einer ganzen Serie ähnlicher Gesetze, die unter dem Sammelnamen „Blaue Gesetze“ bis zum heutigen Tage in verschiedenen Staaten der Union bestehen. In Ende des vergangenen Jahrhunderts wurden diese Gesetze mit besonderer Strenge durchgeführt. Die Bevölkerung war verpflichtet, an Sonntagen die Kirchen zu besuchen und im Familienkreise eifrig die Bibel zu lesen.

Mit der Zeit geriet jedoch das Gesetz allmählich in Vergessenheit. Die Kirchen waren ohnedies gut besucht und die Herren Seelsorger hatten keinen Anlaß über schlechte Gewichte zu klagen. Da mußte es aber palieren, daß im Staate New Jersey der Kirchenbesuch ein schwacher geworden war. Die „Schwarzröcke“ erhoben ein Jetergeheul.

Es wurde Alarm geschlagen. Die Beschwehnen aus der Frauen-Liga mahnten bei der Polizei Anzeige darüber, daß die Gesetze der Republik „mit Füßen getreten werden“.

Die Priesterchaft verlangte an Sonntagen die Schließung aller Vergnügungsorte. Es war am Sonntag, dem 12. Dezember 1926, als der Rummel losging. Die Polizisten arretierten an diesem Tage einen jeden, der sich den geringsten Verstoß gegen das rigorese Stillhaltungsverbot zuschulden kommen ließ. Man arretierte einen jeden Passanten, der über die Straße ging. Der Arm der Gerechtigkeit erreichte einen jeden, der bei irgendeiner Arbeit ertappt wurde (Straßenbahnführer und -schaffner, Chauffeure, Musikanten, Ärzte, Apotheker usw.). Einige Fotografen, welche die lustigen Verhaftungsaktionen abtupfen wollten, lensationsförmige Zeitungsporrier wurden auch dingfest gemacht. Die „Zeitungsleute“ ließen es sich nicht nehmen, darauf hinzuweisen, daß eigentlich auch die Polizisten ins Loch wandern müßten, da auch sie den Sonntag entweißt hätten.

Die Arretierten mußten je 2 Dollars betrappen.

Amerikanische Gültigkeit

Zwei Jahrzehnte sind verstrichen, seitdem Garri das Malheur passierte, von der amerikanischen „Sittenpolizei“ angepöppelt zu werden.

Garri war in Keunork mit seiner „nicht angetrauten Frau“ — der bekannten russischen Schauspielerin Anbresewa eingetroffen und wurde sofort... ausgewiesen. Der harte Verstoß Garri gegen die bürgerliche Moral“ hatte damals viel Staub aufgewirbelt.

Heute erzählt in seinem Buche „My Life and my Times“, der in Russland außerst populäre Jerome Kramel, der damals in Keunork weilte, daß er einige Tage vor der Ausweisung Garri an einem Journalisten-Festessen in Chicago teilgenommen hatte, wo sein Tischnachbar, ein Brecht-Gentlemen, der isobien einen Artikel vom Stapel gelassen hatte, in welchem er die sofortige Ausweisung des „Sittenbrechers“ Gorgis“ verlangte, ihn (Jerome) mit seiner Heteronadome, einer formlosen Schwedin, bekannt machte und jählich erklärte, seine „angetraute Frau“ weise im Auslande, da das rauhe Klima von Chicago der Ehegatte nicht mehrbekame...

„Geburtskontrolle“

Laut statistischen Materials der amerikanischen Presse betrug die Einwohnerzahl der UdSSR am 1. Oktober 1926 115.887.000, was einen Jahreszuwachs von 1.419.000 Menschen ergibt. Da die Emigration in den Vereinigten Staaten bekanntlich bis aufs äußerste beschränkt ist, ist der bedeutende Zuwachs auf Neugeburt zurückzuführen. Die „Kinderwuchs“ kommt natürlich nicht aus den Kreisen der Multimillionäre; sondern die Proletenfrauen liefern diesen „Kinderlegen“.

Es muß nun Abhilfe geschaffen werden. Die „Frauen-Liga“ in Keunork (eine außerst einflussreiche Organisation) legt sich ins Zeug und verlangt ein neues Gesetz über „Geburtskontrolle“, resp. „Geburtsbeschränkung“. Den Proletenfrauen aus Emigrantenterritorien muß unterlagt werden, mehr als zwei Kinder zur Welt zu bringen!

Echt amerikanisch!

Von der Polizei und vom Polizeietat

Von Robert Siemert, Chemnitz.

Die herrschende Klasse baut ihren Machtapparat auch in der reichsten Republik der Welt mit Hilfe der Demokratie immer weiter aus.

Die Ausgaben, die für die Organe zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung gemacht werden, gehen immer mehr in die Höhe. Im Reich stehen die Ausgaben für Meer und Marine im Etatjahr 1927 auf circa 9.600.000 RM; in den Bundesstaaten wachsen die Ausgaben für die Unterdrückungsorgane im gleichen Tempo.

Es ist leider so, daß die Arbeiterklasse diesen wichtigen Dingen viel zu wenig Aufmerksamkeit schenkt. Eigentlich müßte doch jeder Arbeiter und jede Arbeiterin wissen, welche ungeheuren Summen für den Unterdrückungsapparat im Lande der Demokratie aufgewendet werden. Jeder müßte wissen, welche Summen das Meer und die Marine, die Polizei, die Justiz und die Kirche, die vier mächtigsten Faktoren des Machtapparates der herrschenden Klasse, verschlingen.

An den ungeheuren Aufwendungen, die von der herrschenden Klasse für den Ausbau des Machtapparates verwendet werden, kann man erkennen, welche Furcht die Ausbeuterklasse vor dem erwachenden Proletariat hat.

Vor einigen Tagen hat die „Selbst-Kaiser-Wilhelm-Regierung“ den Landtagsabgeordneten den Etat für das Jahr 1927 in die Hände gelegt. Ein ungeheures Zahlenwerk, das in geschickter Aufmachung den Charakter des Staates als Unterdrückungsorgan verkleidet.

Für dieses Mal interessiert uns nur der Polizeietat. Die Ausgaben und der Aufbau der Polizei sind ersichtlich aus Kap. 13 des Etats.

Es werden für die Polizei angefordert 43.345.210 RM.

Wenn man sich etwas näher ansieht, wie diese Riesensumme verwendet wird, dann zeigt sich wieder, wie raffiniert organisiert dieses Organ der herrschenden Klasse ist. Die sächsische Polizei gliedert sich in 5 Abteilungen:

- Abteilung A behandelt die Polizeiamter, das ist die sogenannte blaue Polizei;
- Abteilung B behandelt die Landespolizei, im Volksmund bekannt als „grüne“ Polizei;
- Abteilung C zeigt uns die Ausgaben und den Aufbau der Gendarmen;
- in Abteilung D wird die Kriminalpolizei behandelt und in Abteilung E allgemeine Ordnungspolizeianglegenheiten.

Aus dem Etat ist ersichtlich, daß ordentlich angestellte Beamte bei der sächsischen Polizei insgesamt 19.775 vorhanden sind. Dazu kommen die nichtplanmäßigen Beamten, die Angehörigen und die Hilfskräfte. Es ist sehr interessant, wenn man sieht, in welche Gehaltsgruppen das Heer der Polizeibeamten eingeteilt wird. Es ist das deshalb sehr wichtig, weil man erst daraus erkennen kann, daß die herrschende Klasse, selbst in der Polizei, in dem Apparat, den sie zur Unterdrückung der ausgebeuteten Klasse braucht, eine starke Klassifizierung der Beamten vornimmt, und eine ganz verschiedenartige Bezahlung, die in Gegenständen und Auseinandersetzungen unter den Beamten nicht führen muß. Aus folgender Tabelle ist die Einstellung der sächsischen Polizeibeamten ersichtlich:

5 Beamte in Gehaltsgruppe	13
17	12
33	11
119	10
76	9
267	8
339	7
1040	6
2350	5
1983	4
2806	3
1519	2

51 Beamte der Gehaltsgruppe 2 erhalten ihr Gehalt nach Gruppe 3. Es bleiben also noch mehr als 1000 Beamte übrig, die nach Gehaltsgruppe 2 entlohnt werden.

Der Grundgehalt für den Beamten der Gehaltsgruppe 13 beträgt circa 600 RM, das Grundgehalt der Gehaltsgruppe 2 circa 50 RM.

Der Beamte, der den gefährlichsten Dienst zu verrichten hat, der bei Wind und Wetter, bei Regen, Schnee oder Sonnenbrand seinen Dienst verrichten muß, wird so schlecht bezahlt, daß er hinein gehen muß oder gewissenlosen Geldleuten ausgeliefert ist.

Der höchste Polizeibeamte dagegen, z. B. die Polizeipräsidenten in Dresden, Leipzig und Chemnitz, oder die Polizeipräsidenten in allen größeren Städten über 1000 RM Gehalt. Es ist wohl selbstverständlich, daß der schlechtbezahlte Polizeibeamte von Disziplin und trotz aller Maßnahmen mit uns der Aufstellung sein muß, daß er niemals gemeinsame Sache mit keinen Polizeipräsidenten machen kann.

Die kommunistische Fraktion des Landtages wird sich auch dieses Mal bei der Beratung des Polizeietats mit aller Kraft dafür einsetzen, daß die Gehaltsgruppe 2 überhaupt verschwindet. Sie wird aber auch verlangen, daß ein wesentlicher Ausbau der schlechtbezahlten Beamten vorgenommen wird. Sie muß das tun, weil gerade in letzter Zeit festgestellt werden konnte, daß die meisten Offiziere der Landespolizei dazu verwendet werden, alten, erkrankten Polizeibeamten bei Lauschrift, Grubkündungen und sonstigen Drückmaßnahmen die richtige Auffassung von der Polizei und ihren Aufgaben beizubringen. Gegen die Militarisierungsbemühungen, gegen den Kadavergehorsam, gegen die Ausbildung der Polizei zu einer Bürgerkriegsarmee muß sich aber auch die Polizeibeamtenschaft selbst mit aller Entschiedenheit wenden. Es ist die Pflicht aller Arbeiter, daß sie sich mit den Polizeibeamten über diese Dinge unterhalten. Nicht alle Polizeibeamten sind salerniert. Sie wohnen sehr häufig in den Elendsvierteln der Arbeiterstadt. Jeder Klassenbewußte Arbeiter muß es sich zur Pflicht machen, mit dem Polizeibeamten, der mit ihm in einem Hause wohnt, auch über den Polizeietat zu sprechen und über alle Fragen, die einen Menschen interessieren, der sich auf Grund seiner materiellen Lage gegen das Fortbestehen der kapitalistischen Gesellschaft wenden muß.

Den Polizeietat werden wir ablehnen. Der Etat ist so geschicklich verkleidet, daß es unmöglich ist, alle Mittel, die für Munition, für Bewaffnung, für Umgestaltung der Polizei zur Bürgerkriegsarmee vorgezogen sind, festzustellen.

In einigen Stellen wird im Polizeietat betont, daß mehr Mittel für die Beschaffung von Munition und von Waffen und

für die Schießausbildung verwendet werden müssen. Es ist nicht möglich, eine feste Summe bekanntzugeben, die z. B. für den Ausbau von Schießständen verwendet wird; ebenso wenig kann man eine feste Summe nennen, die zur Anschaffung von Munition vorgezogen ist. An einer Stelle werden 160.000 RM für Waffen und Munition angefordert; an einer anderen Stelle heißt es: „Die Schießausbildung der Gendarmenbeamten muß mehr als bisher gefördert werden. Hierzu ist die jetzt vorhandene Übungsmunition unzureichend und untauglich.“

Aus dem ganzen Etat ist auch nicht ersichtlich, welche Beträge für Polizeibildungen ausgeworfen werden, und doch wissen wir, daß solche Übungen auch in diesem Jahre bereits wieder vorgezogen sind.

Schon diese wenigen Feststellungen zeigen, wie geschickt verkleidet der Polizeietat aufgemacht ist.

Die Polizeibeamten werden sich dafür interessieren, daß die Tragezeit der Uniformstücke verlängert wird, und daß auf Grund dieser Festsetzung der Betrag von 320.500 RM eingespart werden kann.

Die Polizeibeamtenschaft Sachsens ist in dem Verband sächsischer Polizeibeamten zusammengeschlossen. Sie sind fast zu 100 Prozent organisiert. Der Verbandstag der Polizeibeamten

findet Anfang März in Jittau statt. Die Polizeibeamtenschaft muß sich an ihrem Verbandstag auch einmal eingehend mit dem Polizeietat beschäftigen. Sie muß fordern, daß die Aufwendungen für die schlechtbezahlten Polizeibeamten erhöht werden. Sie muß sich gegen die Militarisierungsbemühungen mit aller Entschiedenheit wenden.

Die kommunistische Fraktion wird den Polizeietat rücksichtslos bekämpfen. Sie muß ihn bekämpfen und auch ablehnen, weil er der herrschenden Klasse die Mittel gibt, eine Truppe zu organisieren, die im Kampf gegen die Arbeiterklasse eingeleitet wird.

Die kommunistische Landtagsfraktion wird sich aber trotz alledem mit aller Entschiedenheit für die Belange der schlechtbezahlten Polizeibeamten einsetzen.

Sie wird fordern, daß die Gehaltsgruppe 2 sofort zu verschwinden hat, daß die Bezahlung nach Gruppe 3 nur noch als Übergangsmäßnahme festgelegt wird; sie wird verlangen, daß die Kasernierung der Polizeibeamten aufgehoben, der Exzerzieren und der Drill beseitigt und die Wünsche und Forderungen der Polizeibeamten, wie sie bereits am letzten Verbandstag in Jittau zum Ausdruck gekommen sind, in weitestem Maße Berücksichtigung finden.

Für die Befreiung von Max Hoelz

findet morgen Dienstag, den 8. Februar, abends 7,30 Uhr in Dresden in der „Reichstrone“, Bischofsweg eine öffentliche Protestkundgebung statt. Referenten: Kürschner, Falkenstein i. Vogtland und Dr. Schminde, Dresden

Der verlorene Milliardenprozeß

Am Sonnabend fand vor dem Haager internationalen Schiedsgericht der deutsche Reparationsprozeß seinen Abschluß. Der Vertrag enthält bekanntlich die Bestimmung, daß das Deutsche Reich diejenigen seiner Staatsangehörigen, die durch Beschädigung deutschen Eigentums seitens der Entente-Staaten während des Krieges Verluste erlitten haben, entschädigen muß. Der Prozeß ging nun darum, ob die deutsche Regierung berechtigt ist, diese Entschädigungen von den jährlichen Dawes-Zahlungen in Abzug zu bringen oder ob sie nicht in dem Dawes-Plan enthalten sind. Es geht hierbei um die beträchtliche Summe von zunächst 4,3 Milliarden Mark. Das Haager Schiedsgericht, das die endgültige Instanz in dieser Frage ist, hat nun das Deutsche Reich mit seiner Klage in seinem Urteilspruch rechtlos abgewiesen und den Entente-Staaten recht gegeben. Die Entschädigungen müssen also wenn sie zur Auszahlung gelangen sollen, außerhalb der Dawes-Zahlungen aufgebracht werden.

Die deutsche bürgerliche Presse berichtet diese überaus wichtige Entscheidung recht kleinlaut; soweit sie überhaupt dazu Stellung nimmt, verlangt sie von der Regierung, daß diese ihrerseits umgehend die Regelung der Entschädigungen an die enteigneten Auslandsdeutschen und die durch Enteignung geschädigten deutschen Staatsangehörigen in Angriff nimmt. Wer sind nun jene, an die solche ungeheuren Milliardensummen zur Auszahlung gelangen sollen? Der deutsche Auslandsdeutsche vor dem Kriege wurde vornehmlich im Wege des Kapitalertrags gebildet: Banken und Kolonialgesellschaften legten die in Deutschland anheimelnden Profite und freien Gelder in den Kolonien und in den rückständigen Ländern an. Auch dort Eisenbahnen, Plantagen, Fabriken, bestanden die fremde Arbeitskraft aus und schufen so eine dauernde Quelle überreicher Profite. Daneben besaßen die großen deutschen Konzerne in den Entente-Staaten vielfach Fabrikanlagen, Patente, Beteiligungen an anderen Gesellschaften und andere Vermögensstücke von unvorstellbarem Wert. Das deutsche Großkapital war der Hauptbesitzer des deutschen Auslandsvermögens vor dem Kriege. Daneben gab es selbstverständlich noch eine größere Anzahl kleinerer und mittlerer Existenzen, die sich im Auslande selber ein kleines Geschäft gemacht hatten. Aber diese letztere Gruppe ist an der angegebenen Entschädigungssumme von 4,3 Milliarden (ohne Amerika) am wenigsten beteiligt. Der Löwenanteil entfällt auf das Großkapital.

Es ist selbstverständlich, daß die durch den imperialistischen Krieg erlittenen gewordenen und der Arbeitslosigkeit bezahlten Verlusten und Mittelschichten der Auslandsdeutschen ihre Sozialentschädigung erhalten müssen. Aber wir glauben, daß der Entschädigungssumme, der jetzt losgehen wird, nicht dieses Ziel im Auge hat. Die deutsche Reichsregierung, das Reichsorgan der deutschen Bourgeoisie sorgte bisher noch nie für die deutschen Auslandsdeutschen, die Erwerbslosen Kriegsgeldbesitzer, die Sozialrentner usw., es wird auch für die geschädigten werktätigen Auslandsdeutschen nichts als leere Versprechungen haben. Es wird jetzt der Versuch unternommen

werden, ganz in der Stille, gewissermaßen unter Ausschluß der Öffentlichkeit, das Ruhrkriegsentschädigungsmandat in größtem Maßstabe zu wiederholen. Die geschädigten Armen werden nun leer ausgehen lassen. Dagegen das Großkapital soll aus den Steuergebühren, die den arbeitenden Massen abgepreßt werden, die riesenhafte Entschädigung erhalten. Bankkapital und Kolonialgesellschaften, Trusts, Aktionäre und Spekulanten sollen aus dem Lohnabzug, den Arbeiter, Angestellte und Beamte jede Woche erdulden müssen, aus Zöllen und indirekten Steuern, die den arbeitenden Massen ihr Brot netzern, Milliardensummen erhalten und alles im Namen der „Gerechtigkeit“ und der „Heiligkeit“ des „Privateigentums“. Reizt man das werktätige Volk gegen die finsternen Pläne mobilisiert werden, um der deutschen Bourgeoisie, die auf neue Gejälligkeiten seitens ihres Bürgerblocks rechnet, einen Strich durch die Rechnung zu machen.

Mussolini auf dem Balkan

Zimmer mehr wird die wachsende Aktivität des italienischen Imperialismus zu einem ausschlaggebenden Faktor der Ereignisse auf dem Balkan. Die inneren Schwierigkeiten des italienischen Regimes, gepaart mit der herannahenden industriellen Krise, liegen der fieberhaft raschen Expansion des italienischen Imperialismus an der ganzen Mittelmeerstraße zugrunde. Der italienische Export war in den ersten 5 Monaten des Jahres 1926 im Vergleich mit dem Vorjahre um 16 Prozent zurückgegangen. Ebenso ist die Rohstoffzufuhr zurückgegangen und die Arbeitslosigkeit gestiegen. Allein die Automobilfabrik „Fiat“ hat über 7000 Arbeiter aufs Pfahler geworfen. Der englische Bergarbeiterstreik, der eine Preissteigerung der Kohle auf dem Weltmarkt hervorgerufen hat, hatte eine Verschlechterung der Lage in der italienischen Schwerindustrie, die von der Einfuhr der englischen Kohle abhängt, zur Folge. Die Italiener wissen wohl, daß sie einer scharfen Wirtschaftskrise einbezogen werden, ein Mitglied des sozialistischen Kabinetts, erklärte offen, daß Italien spätestens in einem halben Jahre 1/2 bis 1 Million Arbeitslose haben wird. Diese Verschärfung der inneren Krise kann Mussolini in neue Abenteuer führen.

Von der italienischen Aktivität auf dem Balkan ist in erster Linie die Türkei bedroht. Die imperialistischen Gefühle Italiens strecken sich auf die kleinasiatische Provinz Adalien, die zu annektieren Italien bereits während des Weltkrieges bemüht war. Kurz nach der Unterbrechung von Mussolini und Chamberlain in Venedig erschienen in der englischen Presse die Meldungen, Italien hätte beschlossen, seine Einflusssphäre in Anatolien zurückzuerobern. Die liberale englische Zeitung Westminster Gazette meldete die Existenz eines italienisch-arabischen Vertrages, laut dem Italien und Griechenland gemeinsam gegen die Türkei aufzutreten müßten. Recht interessant sind auch die Enthüllungen des früheren griechischen Diktators Pangalos, der jetzt auf der Insel Kreta eingekerkert ist. Pangalos erklärte, daß für den vorigen August eine Aktion Griechenlands gegen die Türkei geplant war; der Staatsstreich in Griechenland hätte allein diese Aktion verhindert.

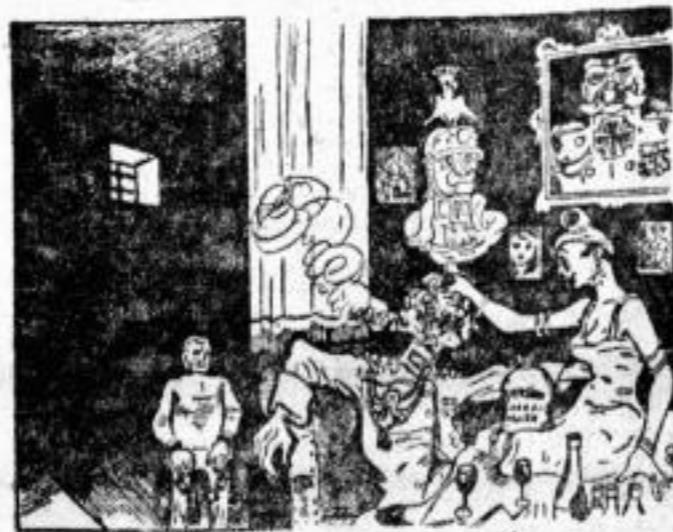
Gleichzeitig mit den weitverzweigten diplomatischen Verhandlungen beschäftigt sich Italien mit der Befestigung seiner Inseln am ägäischen Meer, vor allem der Insel Rhodos.

Italien ist in seiner Balkanpolitik nicht isoliert. Hinter Italien steht England. Die italienische Politik gegenüber der Türkei wird offensichtlich von der englischen Diplomatie inspiriert. Die unabhängige türkische Republik ist ein Dorn im Auge Chamberlains. England ist nicht abgeneigt, mit den Händen Italiens einen Krieg gegen die Türkei zu führen. Der englisch-italienischen Koalition soll auch Bulgarien beitreten. Dazu soll demnächst eine Zusammenkunft Mussolinis mit dem bulgarischen Außenminister Staptelchem stattfinden.

Diese bulgarisch-italienische Annäherung richtet sich mit der einen Spitze gegen die Türkei mit der anderen gegen Südslowenien. Die Beziehungen zwischen Italien und Südslowenien sind durch die albanische Frage bestimmt, die ein wesentliches Element des balkanischen Knotens bilden. Der Vertrag von Tirana, laut dem Albanien unter das Protektorat Italiens gestellt wurde, betont die Vollerwartung Südsloweniens. In Belgrad ist man jetzt bemüht, die bisherigen Methoden der Außenpolitik zu revidieren und eine Annäherung an Frankreich zu finden. Sowohl Südslowenien wie Frankreich sind im gleichen Maße von der wachsenden Aggressivität des französischen Imperialismus bedroht. Die französische Regierungspresse animiert Südslowenien zu einem aktiven Protest gegen den Vertrag von Tirana.

Die kleinen Balkanstaaten spielen also nach wie vor die Rolle eines Werkzeuges in den Händen der Großmächte. Die Balkanfrage ist im Grunde genommen nichts anderes als ein Auszug der Verhältnisse der Beziehungen zwischen Italien und Frankreich. Aber das Mussolinische Italien arbeitet Hand in Hand mit Chamberlain; die englisch-französische Konkurrenz bildet auch die Unterlage der Balkanfrage.

Pensionäre der Republik



Wilhelm hat eben die letzte Rate bekommen — ein Kommunist 3 Jahre Gefängnis wegen Gottcollozierung.



Wie „Vaterländische“ von republikanischen Richtern wegen Beschimpfung der Republik „verurteilt“ werden

Ein typisches Urteil fällt das gemeinsame Schöffengericht zu Dresden in der Strafsache eines launmännlichen Angestellten, Wilhelm Schulze, eines Mitgliedes der „Vaterländischen Verbände“. Dieser hatte gemeinsam mit einer Horde Gefinnungsgenossen anlässlich eines Reichsbannerumzuges in der Grunauer Straße Schmäh- und Schimpfzettel gegen die republikanische Staatsform ausgelegt. Bereits am 6. Dezember 1926 hatte das Schöffengericht gegen 4 „Vaterländische“ verhandelt, von denen einer freigesprochen, die anderen zu je einer Woche Gefängnis verurteilt worden waren. Durch Zufall war aber der Hauptschreiber, Schulze, nicht mitgefangen worden und so mußte er sich nachträglich wegen Beschimpfung der republikanischen Staatsform verantworten. Da es sich nicht um einen empörten und betrogenen Arbeiter handelte, den diese Republik um seine Hoffnung auf menschenwürdiges Dasein gebracht hat, sondern um einen Angehörigen jener Kreise, die als Kutschker und Lakaien der herrschenden Plutokratie von deren Organen geschützt und geliebt werden, wurde Schulze zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt.

Von 2 Jahren Zuchthaus zu 1 Jahr Gefängnis ... Wieder ein Fehlurteil eines Schöffengerichts aufgehoben.

In der Nacht zum 30. August 1926 sollte der Zimmermann A. Gr. auf dem Wege von Kohlsdorf nach Jauerode ein zwanzigjähriges Mädchen aus Freital-Deuben angesprochen und dann vergewaltigt haben. Außerdem sollte er das sich wehrende Mädchen in den Hals gebissen haben. Diese Angaben lagen einem Urteil des Schöffengerichts zu Freital zugrunde, das Gr. zu 2 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Ehrverlust wegen Notsucht in Tateinheit mit Körperverletzung verurteilte. Gr. legte Berufung ein. Die 2. Strafkammer, die sich nunmehr mit der Sache beschäftigt, war auf Grund der Beweisführung des Beurteilten gezwungen, das Urteil der ersten Instanz aufzuheben, und verurteilte Gr. lediglich wegen tätlicher Beleidigung zu einem Jahr Gefängnis.

Die Erwerbslosen gegen die Erwerbslosenversicherung

Die am 2. Februar im Gasthof Niederjedlitz versammelten Erwerbslosen von Zschawitz, Niederjedlitz und Lodwitz nahmen einen Bericht des Genossen Schneider, Dresden, über den Stand der Erwerbslosenbewegung entgegen. Der Referent behandelte in der Hauptsache den Gehrentwurf zur Erwerbslosenversicherung. Er gab an Hand von Beispielen bekannt, welche Verschlechterung dieser neue Entwurf für die Erwerbslosen bringt und wies darauf hin, daß alle Kräfte eingesetzt werden müssen, um dieses Schandmal abzulehnen. Er forderte auf, Parteien und Gewerkschaften mobil zu machen, um im Plenum diesen Entwurf zum Scheitern zu bringen. Die lebhafteste Ansprache über das Referat fand ihren Ausdruck in folgender Resolution:

Resolution:

„Die am 2. Februar im Gasthof Niederjedlitz versammelten Erwerbslosen des Arbeitsnachweisgebietes Niederjedlitz erklären sich bereit, gegen den Erwerbslosenversicherungsentwurf den Kampf zu führen. Sie fordern von dem A.P.S., der SPD und A.P.D., daß sie den Gehrentwurf ablehnen und den Kampf mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln für die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und Beschaffung von Arbeit führen.“

Im 2. Punkt der Tagesordnung wurde die Lage im Arbeitsnachweisgebiet eingehend besprochen und gefordert, daß die Vertreter der Erwerbslosen alles aufbieten, um die Erwerbslosen zu einer Kampfesmasse zusammenzuschließen. Ferner wurde beschlossen, am Donnerstag, dem 3. Februar in Lodwitz eine Erwerbslosensammlung anzubereiten, um die Erwerbslosen von Lodwitz zu mobilisieren. Nach circa stündiger Dauer fand die gutbesuchte Versammlung ihr Ende.

Der „Schwarze Sonntag“ kommt nach Dresden

Wie wir erfahren, wird der berühmte russische Großfilm, „Der Schwarze Sonntag“ Mitte März im Schauspielhaus Freiberger Platz rollen. Der Film behandelt die Vorgänge in Petersburg im Revolutionsjahr 1905.

Kolkhoschule. Montag, den 7. Februar, beginnt: Friederike Stritt: 1. Erzählabend (russische Erzähler), 7.30 Uhr im Vorkurs-Gymnasium, Dippoldswalder Straße 9. Drei weitere Abende finden statt: 21. Februar, 7. und 21. März.

Auskunfts-Erteilung

Die Dresdner Stadtverordnetenfraktion schriftliche Anfragen Neues Rathaus, Zimmer 286, persönliche Auskunfts nur noch Dienstags nachmittags 5 bis 7 Uhr Columbusstr. 9.

(Skandinavische und deutsche Erzähler). Teilnehmerkarten (nur für alle vier Abende) in der Geschäftsstelle, Marienstr. 17, 1. Preis für Mitglieder: 2 RM.

Esperanto-Unterrichtskursus.

Der Arbeiter-Esperantobund für das deutsche Sprachgebiet, Distrikt Dresdener Industriegebiet, beabsichtigt in Dresden einen Unterrichtsleiterkursus zu veranstalten. Der Kursus wird voraussichtlich jeden Mittwoch stattfinden und dürfte im März oder April beginnen, wenn sich genügend Teilnehmer melden. Als Leiter des Kursus ist Studienrat Vohmann, Oberlehrer, gewonnen worden. Der Kursbeitrag beträgt nur in der Dedung der Zimmermiete. Anmeldungen nimmt der Distriktsvorsitzende Gen. G. Köderitz, Tharandter Straße 6, entgegen.

In der Feuerbestattungsanstalt der Stadt Dresden erfolgten im Monat Januar dieses Jahres 290 Einäscherungen, und zwar 102 männlichen und 128 weiblichen Geschlechts. Von den Verstorbenen waren 191 evangelisch, 1 katholisch und 38 Unbekannt. In 177 Fällen fand religiöse Feiern statt. Vom Tage der Inbetriebnahme (22. Mai 1911) sind dies 20.489 Einäscherungen. Die Anmeldungen zu den Feuerbestattungen haben nicht bei der Feuerbestattungsanstalt direkt, sondern beim Stadt. Bestattungsamt, Neues Rathaus, Fernruf 17.922 und 17.939, zu erfolgen.

Unterm Hammer . . .

Meist als Spiel hat heute ein Gerichtsoffizier in tun. Unbarmherzig klopft er den Knäuel an, und ohne Zaudern kommt der „festgenagelte“ Gegenstand unter den Hammer, wenn nicht bis zur festgelegten Frist der in Frage kommende Betrag bezahlt ist.

Bei einer Auktion geht es lebhaft zu. Zwischen Möbeln und Nähmaschinen, Kinderwagen und Spiegeln, zwischen Wäse und sonstigen Kleidern, Schuhen, Bildern, Fahrrädern und Geschirren gehen — prüfend die Gegenstände musternd — die Rekonstanten einher. Meist sind es ebenbürtige Proleten wie die, denen die hohe Hand“ des Geistes ihr Bestium nahm. Sie denken, einen billigen Kauf zu machen. Die Händler und Trödler haben sich eingefunden, um die wertvolleren Gegenstände, an die der Arbeiter mit seinem paar Kröten nicht heran kann, zu kaufen und ein gutes Geschäft damit zu machen.

Hinter einer Barriere sitzt an einem Tisch der Auktionator, der Gerichtsoffizier mit seinem Schreiber, und ein paar Gehtillen preisen mit Sachkenntnis dem Publikum die Sachen an.

Da ist eine hochschwängere Frau. Sie scheint es auf den Kinderwagen abgesehen zu haben, der zwischen einem ziemlich wackligen Küchenschrank und einer transportablen Kochmaschine eingeklemmt ist. Ungeduldig wendet sie sich plötzlich an einen Gehtillen: „Was wird denn der Wagen kosten?“ Dieser ein Geschäft witternd, zerrt die alte Kutische hervor, und schiebt unermüdlich, als trüge er die Worte befohlen, redet und redet er auf die Frau ein: „Ein sehr guter Wagen, junge Frau. Der wird billig. Sehen Sie, wie der noch ledert, wie ein neuer. Da können Sie noch zehn Kinder drin großfahren. Hier, Schaffen zum Knabben, wenn die Kinder größer werden, oder wenn Sie drin schlafen müssen. Das ist ein Doppelwagen, da kann das jüngste drin liegen und das ältere noch sitzen. Das der Boden etwas verrotzt ist, das haben Sie bei jedem Kinderwagen. Da legen Sie etwas unter.“ Ein Mann interessiert sich für den Dien. Er will ihn in seine Laube stellen. Nach Meinung des Gehtillen ist der Ofen sogar noch besser wie der Kinderwagen und wird wahrscheinlich noch billiger werden. „Wenigstens kosten der braucht? Äh, ja, sechs Preislöhle sage ich Ihnen, dann ist die Bude warm für den ganzen Tag. Dabei zahlen Sie noch darauf loschen. Bieten Sie ruhig auf den Ofen. Mein Schwager hat auch einen solchen, der will überhaupt keinen anderen haben.“

Mittlerweile ist der Termin für Auktion herangebracht. Der Hofpieder nimmt den Hammer zur Hand und verkündet: „Wir beginnen, bitte acht geben.“ Und nun beginnt die Verteilung. Schränke, Tische und Stühle, Bettlöcher und was sonst in eingemachten wertvollen Sachen da ist, laufen die Händler und Trödler für ein Spitzgeld, während sie den wertvollen Plunder den armen Leuten noch hochtreiben, wie beispielsweise den Kinderwagen. Der Auktionator schreit: „Ein Kinderwagen mit Federung“ und die Anwesenden bieten: „Bier Markt.“ „Bier Markt zwanzig.“ „Zwanzig.“ „Achtzig.“ „5 Markt.“ „50 Markt.“ „Voll.“ — Der

Hammer schlägt auf und der Auktionator erklärt: „Sechs Markt zum ersten.“ — „50.“ — „50 zum ersten.“ — „Sieben.“ — „Sieben Markt zum ersten.“ — zum zweiten — — — und — — — zum dritten.“ Der Hammer schlägt auf und der Wagen kommt also neben Markt. Die Frau, die ihn vielleicht schon in den nächsten Tagen braucht, hat ihn nicht gekriegt. Der Ofen kam soviel wie ein neuer. Eine Frau hat zwei Korbfleisch und einen Tisch dazu erstanden. Was hat denn der Schwinkel gekostet?“ — „Bier Markt. Zum Sommer uff den Balkon zu stellen geht es ja noch.“

Bei der Verteilung der nicht eingelösten Pfandgegenstände der einen Pfandleihe herrscht großes Gedränge. Die Händler stehen im Hintergrunde und bieten aus, wenn bessere Sachen kommen. Um die Kleinigkeiten bemühen sich die Arbeiter, meist Frauen. Stundenlang dauert die Verteilung. Jeder der Rekonstanten hat einen bestimmten Wunsch. Andere sind wiederum dazu hergekommen, um zu kaufen. Bei jedem Gegenstand reißen sie einen Witz. Die Stimme des Auktionators ertönt hier stets mit der Kennung der unteren Tage ungefähr so: „Ein blauer Damennmantel vier Markt fünfzig.“ Und prompt ertönt laut der Auktionator: „Was kosten denn die Katzen?“ Wenn ein Artikel unter den Hammer kommt, den das Publikum erheben will, so wandert er von Hand zu Hand, und wird von einer Ecke über die Köpfe hinweg in die andere geworfen. Das da beispielsweise die weiße Weiße eines Frackumzuges plötzlich als verminkt gemeldet wurde und sich nach kurzer Zeit unter den Hüften eines eifrig Biertrinkenden anfang, zu nicht verwandelt. Mandolinen, Fingerringe und Pelzmantel. Pelzen und weiß der Teufel was alles „verhammer“ wird. „Zwei Ferngläser mit Auktural fünfzig Markt!“ — „55.“ — „70.“ — „80.“ — und höher bieten die Händler. Nachmann, ein Arbeiter, schreit mitten in das Zahlengewimmel hinein: „Schmeiß doch mal das Ding rüber. Was soll ich sehen, ob die Arbeit schon zu sehen ist.“

„Ein schwarzer Gehrock 4 Markt!“ „Dadurff bin ich grade schart.“ läßt sich — offenbar ein Kellner — vernehmen. Keiner bietet weiter und er hat einen Gehrock für 4 Markt. Gleich wird er angesprochen. „Wenigstens paßt wie angegossen, bloß ein bißchen zu weit an ne Kleintigkeit kaputt.“ Er hat seinen Namen, jaht und verschwindet. Da werden die Sachen viel zu hoch geboten.

„Eine Konvertierbare 6 Markt!“ „Wir sitzen noch grade genud!“ Keiner bietet, und die Jüther wird wieder weggetragen. Uhren und Goldwaren gehen gut und werden deswegen auch teuer.

Zum Schluß zieht jeder mit seinem Bündel heimwärts, nach dem dieser oder jener erndete, daß er mehr oder weniger wertvoll kaufte. „Bei Gardinen ist es ja nicht schön, wenn es weiterlich sind, aber je waren ja billig.“ „Ach ja, ich bin mit der Höhe für 2 Markt auch zufrieden, einen von aus wird ich schon haben.“ Die Herren Händler und Trödler an gras fahren mit ihren Autos davon. Aus der Armut, die hier unter dem Hammer tan, wird anderswo ein Bombengeschäft gemacht.

Achtung! Parteiarbeiter!

Belacht jährlich die heute abend stattfindende Konferenz in den Annenstraße. Tagesordnung: Die Vorträge im A.P.S. und die Partei!

Aus Ostfachsen

Am alle wertvollen Sportler von Brodowitz!

Vergangenes Jahr, im Sommer, haben sich einige proletarische Sportler aufgestellt und in Brodowitz den Arbeiter-Turnverein gegründet, um auch in sportlicher Hinsicht das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse von Brodowitz zu wecken, da dies schon seit längerer Zeit der Wunsch vieler Proletarier war. Aber mit Bedauern muß man heute feststellen, daß noch eine große Zahl Arbeiter Mitglieder des „Leutschen“ Turnvereins von Brodowitz sind. Für diese Proleten wird es höchste Zeit, sich zu bestimmen, daß sie nicht in die Reihen der Schattenspieler und der Steigbügelhalter des deutschen Kapitals gehören. In welchen Händen liegt denn die Gesamtleitung des D.T.? Doch nur ausschließlich in den der Vertreter des Bürgertums. Darum rufen wir allen Arbeitern im bürgerlichen Turnverein zu: Heraus aus den Reihen derer, die auch nur zu Kanonensutter heranbilden wollen! Macht den bürgerlichen Fimmel mehr mit! Werdet Mitglied des Arbeiter-Turnvereins, kämpft gegen jede Verleumdung und Berumpfung der proletarischen Sportbewegung! Turnstunden finden jeden Freitag in der Schule statt.

Niederprolet. (Gemeindeverordnetenfraktion.) Am 2. Februar fand im Rathaus eine öffentliche Gemeindeverordnetenversammlung statt, der eine reiche Tagesordnung vorlag. Der Jahresthema war gut besetzt. Der Bürgermeister brachte eine Reihe Mitteilungen zur Kenntnis. Der Heberlegung der Katastrophalplan an die Firma Art in Dresden wurde mit der Maßgabe zugestimmt, daß Wahlplätze ganz frei sind, und den ortsangehörigen Vereinen weitestgehende Gebührenermäßigung gewährt wird. Der Haushaltsplan 1926 wurde gegen die Stimme unseres Genossen genehmigt. Der Hebernahme des Gemeindearbeiters in die Gemeindearbeiterversicherung (Ruhelohn) wurde zugestimmt. Zwei Anträge des Gen. Spaltshoff: den Erwerbslosen im Wohlfahrtsausschuss beratende Stimme einzuräumen, und das Abonnement des „kommunistischen Gemeindevertreter“ aus Gemeindegeldern für andere Genossen, fanden zueinstimmige Annahme. Zwei mit Notstandsarbeiten beschäftigten Malern wurde der Tarif ihrer Gewerkschaft zugesprochen. Ein Antrag des kommunistischen Vertreters, zwei Punkte der gemeinsamen Sitzung in die öffentliche zu nehmen, wurde gegen die Bürgerlichen angenommen. Ein Gehalt der Erwerbslosen um Gehälter eine Kartoffel- und Kohlenbeihilfe wurde dem Wohlfahrtsausschuss übergeben. Bereits im Januar ist den Erwerbslosen eine gleiche Beihilfe gewährt worden. Hierauf Dankesfloskel.

Firma. Wir verweisen auf die Anzeige betreffend unseres verstorbenen Jugendgenossen Ferdinand Kidel im Anzeigenteil. Wir ermpfinden, daß sich außer den hiesigen Jugend- A.P.S., A.P.D. und A.P.D.-Genossen die erwerbslosen Jugendgenossen des A.P.S. beteiligen. Stellen früh 9 Uhr am Volkshaus Firma.

Freital. Vom Volkseigent werden wir um Aufnahme nachstehender Stellen gebeten: Unterm 20. Dezember 1926 hat eine

Öffentliche Kundgebung für Sowjetrußland

Am Montag, dem 7. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus Ost, Schandauer Straße mit 125 Lichtbildern, einzunehmen den Originalaufnahmen der 2. Arbeiterdelegation. Redner: Rußlanddelegierter J. A. B. A. N. A. D. A. B. A. Arbeiter, erscheint alle zu dieser Kundgebung und überzeugt euch von dem, was eure Brüder in Rußland sehen.

Neuegelung der Verkaufszeit an Sonn- und Festtagen hat gefunden. Die Worte „mit Fleisch und Brot“ und im Gegensatz zu der bisher gültigen Regelung in Kraft gekommen. Dies bedeutet, daß an Sonn- und Festtagen derartige Waren überhaupt nicht verkauft werden dürfen. Fleischereien und bekannt Feinstags überhaupt geschlossen. Aber auch Lebensmittelgeschäfte, die an sich von 7.30 bis 8.30 Uhr vormittags geöffnet werden dürfen, haben sich des Verkaufs von Fleisch und Brotwaren zu enthalten. Die genaue Einhaltung dieser Bestimmungen wird nachgeprüft und im Falle der Zuwiderhandlung mit eingeschritten werden. Auch die Einnahme von Waren nach eingetretener Lebensnotwendigkeit wird künftig strenger als bisher kontrolliert werden müssen. Der Verbraucherschutz wird deshalb empfohlen, sich an die festgelegten Lebensnotwendigkeiten zu halten, weil sonst die Verkäufer der Beirufung verfallen.

Reichenaus. Der Verband für Jugendkinder und Jugendkinderhaltung Berlin, Ortsgruppe Reichenaus, veranstaltet nächsten Mittwoch 9. Febr., abends 8 Uhr in Stadt Zirkus einen öffentlichen Aufführungsabend mit 100 Lichtbildern über das Thema: „Was geschieht nach unserem Tode?“ Alle diejenigen, die mit der Kirche gebrochen und Freunde der Feuerbestattung sind, werden zu diesem Vortrag eingeladen. Der Eintritt ist für jedermann frei.

Rundfunk

Montag, den 7. Februar:

- 6.30—6.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studentenrat-Fibel und Peller-Kanon: Englisch für Anfänger.
- 7—7.30 Uhr: Wiltensart Dr. Zahl: Fortschritte der kosmetischen Chirurgie.
- 7.30—8 Uhr: Arty-Gonshoren: Entläßt der Geburtenausfall den Arbeitsmarkt?
- 8 Uhr: Wettervorhersage, Schneebericht und Zeitangabe; Gleichzeitige Hebertragung auf den Deutschlandfunk. Welle 1900.
- 8.30 Uhr: Marmen. Mitwirkende: Karl Aegler (Reaktionäre) und das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Hilmer Weber.
- 10 Uhr: Prehebericht und Sportfunk.
- 10.15—12 Uhr: Tanzmusik.

Dienstag, den 8. Februar:

- 4.30—5.30 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdener Rundfunkhauskapelle. Dirigent: Gulian Kante.
- 5.30—6 Uhr: Frauenfunk. Arl. Gewerkschaftslehre in Schul-„Arbeitsversicherung im Haushalt“.
- 6.05—6.30 Uhr: Vespereben aus den Feuerbestattungen auf dem Bäckermarkt.
- 6.30—6.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. G. v. Esleren und C. M. Akerit; Spanisch für Anfänger.
- 7.30 Uhr: Dr. Herbert Roth: „Aus dem Leben Wilhelm ihre Verhütung“.
- 7.30—8 Uhr: Dr. Herbert Roth: „Aus dem Leben Wilhelm Fische“.
- 8 Uhr: Wettervorhersage, Schneebericht und Zeitangabe.
- 8.15 Uhr: Konzert. Mitwirkende: Rudolf Schmalnauer, Staatsoper Dresden (Gesang), Stefan Kuber (Cello), Theodor Blumer (Klavier).
- 10 Uhr: Prehebericht und Sportfunk.
- 10.15—12 Uhr: Tanzmusik.

Witterungsaussichten für Sachsen vom 27. 2. bis 8. 2. abends. Vorwiegend starke Bewölkung, örtlich neblig; besonders im Gebirge Reizung zu schwachem Schneefall. Bei nächstem Aufhären im Hochland Nachtfrost bis gegen 4 Grad; Tagestemperatur wenig verändert. Vorwiegend schwache Aufbewegung.

Luftdruckverteilung: Hoher Druck über 775 Millimeter britische Meile, über 775 Millimeter Skandinavien, tiefer Druck unter 760 Millimeter Mittelmeer, unter 765 Millimeter Schwarzes Meer, unter 765 Millimeter Mittelrussland, unter 760 Millimeter Weisches Meer. Depression unter 745 Millimeter Island.

Verantwortlich für den Dresdener und Ostfachsen: Bruno Goldhammer, Dresden; für den adelanten Ostfachsen: Rudolf Renner, Dresden. — Druck: „Neunagel“ Druckerei Illale Dresden.

DRESDEN-A.

Billig und gut kaufen Sie... Aufträge u. Arbeitergeräten, Arbeitsschuhe...

Karl Weise... Zigarrengeschäft - Weiß- und Karawaren...

Uhren Gold-, Silberwaren Gustav Gmy... Marienstr. 10...

Radio-Schnorr... Billigste Bezugsquelle f. Apparate und Zubehör...

Lebensmittelhaus GRUNDMANN... Weinligstraße 18...

Gebr. Haubold... Flaschenbier-Großhandlung Blumenstraße 43...

Zigarren-Zigaretten-Tabake J. Hofmann... Breite Straße 20...

Albert Breitfuß... Lebensmittel aller Art...

Bruno Claus... Schokoladen-Fabrik... Verkaufsstellen in Dresden...

Zigarren u Tabak Arthur Gocht... in bester Güte...

Zigarrenhaus A. Renschiger & Co... Billigste Bezugsquelle für Arbeiter...

Werk- und Hilfsmittelgeschäft R. Schumann Nachfolger... Freiberger Platz 12...

Richard Schädel... Leder-Schneiderei...

Ernst Venus... Wäsche, Seilen und Baumstoffwaren...

Gustav Mendel Nachfolger... Edele Rosen- und Materialwaren...

Stifts-Drogerie... Stiftstraße 1b, am Freiheitsplatz...

Restaurant zum Schulgut... Bier u. Speisekell., Kl. Saal u. Vereinszimmer...

Berufs-, Arbeiter- u. Sportbekldg. N. Richard Birn... Ziegelstraße 17...

Zigarren- und Spielzeug-Spezialgeschäft Alfred Mönch... Schulgäßchen 2, Eing. Dörfler...

Schnellbejohlanstalt Otto Reuter... Zimmonstr. 29...

la Kernledersohlen la... vorteilhaft nur Falkenstr. 10...

Bankhaus G. Hoffmann & Co... Schulgäßchen 2, Eing. Dörfler...

Ring-Drogerie... Freiberger Straße 31, Eingang Annenstraße...

Brüder-Drogerie... Luck u. Park-Geist...

DRESDEN-N.

Malierfarben... Beste und billigste Bezugsquelle...

Haus- und Küchengeräte Bernhard Gäbler... Alaustraße 25...

Beleuchtungsförp... Glühlampen, Glühlampen, Tischlampen...

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Ostwin Lommach... Berliner Straße 37...

Lederhandlung Barthel... Oberrichter 32...

Luschers Elektro-Werkstätte... Taschenlampen - Batterien...

Bruno Verftenberger... Fachgeschäft feiner Lederwaren...

Drogerie Otto Kuhn... Hechtstr. 42b...

Kurz-, Weiß- und Wollwaren Berthold Wronkow... Hauptstraße 4...

Ernst Greiner... Kolonialwaren, Spielzeug...

Bäckerei und Feinbäckerei Paul Hoffmann... Zimmonstr. 65...

Max Göbel & Co... Lederhandlung, Alaustraße 12...

Anton Müde... Spezialgeschäft feiner Sol. Stahlwaren...

Paul Finger... Milch und Kolonialwaren...

Mag Ludwig Richter... Küchen- u. Gartengeräte...

RFD- und Partelokal Paul Georgi... Hechtstraße 32...

Herrn-, Damen- und Kinder-Konfekt-, Arbeiterbekleidung Max Schnurpel... Leipziger Straße 89/91...

Haus- und Küchengeräte... Kolonialwaren...

Wollwarenhaus Krause... Bautzener Straße 23...

Dogtländisches Musikhaus... Musikinstrumenten-Werkstatt...

Kurz-, Weiß- und Wollwaren H. Ode... Zöllnerstr. 35...

Albert Hartmann... Bekleidungs- u. Schuhwaren...

Farben-Lacke-Künstlerfarben Heinrich Lemmen... Kesselsdorfer Str. 11...

Spezialgeschäft für Hüte und Herrenartikel Th. Stern... Albertplatz 10...

Lederhandlung Paul Oriel... Döbener Str. 25...

Uhren u. Reparaturwerkstatt Hermann Pielsch... Schandauer Straße 7...

Kinderwagen - Korbwaren W. Morawetz... Bürgerstraße 26...

Turn-, Rasen- und Wintersport... Kesselsdorfer Str. 13...

Joh. Röger... Kolonialwaren / Souvenirwaren...

Schuhwarenhaus Hempel... Kesselsdorfer Str. 60...

LOBTAU

Röbtauer Refino... Kolonialwaren und Drogen...

Alb. Saalheim... Aeltestes Spezialgeschäft für Herren-, Damen- und Kinder-Bekleidung...

Kolonialwaren und Drogen Mar Kehler & Sohn... Wehlstr. 21...

Schuhhaus M. Sommer Nachf... Kesselsdorfer Str. 14...

Ernst Hager... Lederhandlung, Schandauer Str. 92...

Martin Liegner... Textilwaren für das tägliche Bedarf...

Ernst Stiller... Spezialgeschäft f. Farben, Lacke, Pinsel...

Paul Hausmann, Sattlermeister... Reisswitz Str. 18...

Kaufhaus Joseph... Galanterie-, Spiel- und andere Waren...

Ernst Greiner... Kolonialwaren, Spielzeug...

Schuhhaus Grabe... Borsbergstraße 21...

Haus- und Küchengeräte Richard Steinhart... Kesselsdorfer Str. 8...

J. Gemeiner... Handarbeit, Wäsche u. Strumpfwaren...

W. Ziegenbalg, Nachf. K. Rudolph... Bandagengeschäft...

Ernst Greiner... Kolonialwaren, Spielzeug...

Lebensmittel - Bg. Vollmann... Voglerstraße 40...

Ermit Berthold... Obst und Süßfrüchte, Grünwaren...

Ernt nur Thams & Garfs Kaffee Hamburger Kaffeelager Thams & Garfs... Kesselsdorfer Straße 11...

Delikatessen - Kolonialwaren Spezial: frisch gerösteter Kaffee Willibald Simon... Kesselsdorfer Str., Ecke Borsbergstr. 2...

Ernst Greiner... Kolonialwaren, Spielzeug...

Don modernen eleganten Schuhen Sie im Schuhhaus B. Schmidt, Schandauer Str. 23...

Wer Gas sparen will, gehe zu Jupiter-Müller... Kesselsdorfer Str. 36...

Drogerie am Kronprinzenplatz... Spezialität: Streichfärbige...

Kolonialwaren-Delikatessen-Zigarren Paul Reuther... Kesselsdorfer Str., Ecke Borsbergstr. 2...

Ernst Greiner... Kolonialwaren, Spielzeug...

Schokoladen, Konfitüren, Kakao... Geschw. Leichter, Schand. Str. 81...

M. Sass & Co... Damen-, Herren- u. Kinder-Kleidung...

„Drei-Kaiser-Hof“-Lichtspiele... Theaterndler Str. 2...

Drogerie u. Photohandlung P. Rusche... Kesselsdorfer Str., Ecke Gohliser Str. 2...

Ernst Greiner... Kolonialwaren, Spielzeug...

Barbarossa-Drogerie... Augsb. Str. 59...

Wool Brügger, Kesselsdorfer Str. 74... Kolonialwaren / Spielzeugwaren...

„Drei-Kaiser-Hof“-Lichtspiele... Theaterndler Str. 2...

Butter, Eier, Futtermittel Max Scheibe... Kesselsdorfer Str. 2...

Ernst Greiner... Kolonialwaren, Spielzeug...

Fleischerei August Kaspar... Schandauer Straße 90...

Lebensmittel... besucht, Fleisch- und Wurstwaren...

„Drei-Kaiser-Hof“-Lichtspiele... Theaterndler Str. 2...

Kaufhaus Schwarz... Reisswitz Str. 26...

Ernst Greiner... Kolonialwaren, Spielzeug...

Schokolade, Kaffee, Tee... „Der alte Edele“, Warburgstr. 38...

W. Anna Hill, Woll- u. Strumpfwaren... Kesselsdorfer Str. 48...

„Drei-Kaiser-Hof“-Lichtspiele... Theaterndler Str. 2...

Butter, Eier, Futtermittel Max Scheibe... Kesselsdorfer Str. 2...

Ernst Greiner... Kolonialwaren, Spielzeug...

Stiefeler Gutmacher G. Andricel... Güte / Hüte / Herrenartikel...

Lebensmittel... besucht, Fleisch- und Wurstwaren...

Glaus'sche Schnell-Schuh-Reparatur... Annahmestellen in allen Stadtteilen...

Musikhaus... Musikinstrumente...

Wäschehaus Max Kreller... Trikots - Strümpfe - Kleiderstoffe...

Raffinerie- und Grünwarenhandlung... Am Markt, Warburgstr. 18...

Lebensmittel... besucht, Fleisch- und Wurstwaren...

Glaus'sche Schnell-Schuh-Reparatur... Annahmestellen in allen Stadtteilen...

Musikhaus... Musikinstrumente...

Drogen - Farben - Kolonialwaren... Arthur Klein, Lübecker Str. 77...